

Marburger Echo

ZEITUNG DER DKP MARBURG-BIEDENKOPF

AUSGABE 1_2021



KLIMAPOLITIK
FÜR EINE RADIKALE
VERKEHRSWENDE

CORONA
GEWINNER BLEIBEN DIE
MONOPOLISTEN

KLASSENKAMPF
ZUR LAGE DER
AUSZUBILDENDEN

EDITORIAL

Seit Jahrzehnten hat die gesamte westliche Welt nicht mehr ein solches Ausmaß an Kontrollverlust über das eigene Handeln erlebt hat wie derzeit. Angesichts alltäglicher Bedrohungserfahrungen lassen sich viele Menschen auf immer absurdere und realitätsfernere Betrachtungen ein - der Irrationalismus wird zum Überlebensprinzip.

Dies in einer Zeit, in der trotz aller Einschränkungen des politischen und gesellschaftlichen Lebens verstandesgemäße, die eigene Gesundheit und die Gesundheit anderer schützende (Gewerkschafts-) Aktionen zum Erfolg führen. Beispiel: Betriebsnahe Streiks während der Tarifrunde im öffentlichen Dienst, die gerade im sozialen Bereich eine hohe Mobilisierung erreicht und entscheidenden Druck ausgeübt haben!

Ja, gerade in dieser Zeit wären viele dezentrale Aktionen angesagt: Gegen existenzbedrohende Einkommensverluste, gegen Verelen-

dung im großen Stil, gegen Milliardeneschenke für die Konzerne, für berufliche Perspektiven, für Absicherung gegen den Absturz in die Armut.

Stattdessen gingen zu Tausenden Menschen auf die Straße, die der Eindruck einer weitgehenden Unkontrollierbarkeit ihres weiteren Lebens- und Berufsweges nicht mehr los lässt. Da über ein kritisches Wissen, selbst über ein rudimentäres Verständnis gesellschaftlicher Zusammenhänge in dieser „Wissensgesellschaft“ nur noch wenige verfügen, haben vereinfachende Erklärungen beste Chancen, akzeptiert zu werden. Die „Corona-Demos“ können einem wirklich Angst machen – sie sind selbst aber nur Ausdruck des Fakts, der so gern in unseren Medien vernebelt wird, dass der Kapitalismus in einer schweren Krise ist – und Corona nur der Beschleuniger.

Herwig Selzer

INHALT

THEMA	SEITE
Kommunales: An ihren Taten sollt ihr sie erkennen	3-4
Klimapolitik: Der Ruf nach einer Radikalen Verkehrspolitik wird immer lauter	5-6
Corona: Gewinner und Verlierer stehen schon fest	7-8
Filmkritik Gundemann	9
Unterstützt die Kandidatur der DKP zur Bundestagswahl 2021	10
Niedriglohn auf Rekordniveau	11-12
Lage der Auszubildenden	13-14
Tanja Bauder-Wöhr auf Platz 2	15

KOMMUNALES

AN IHREN TATEN SOLLT IHR SIE ERKENNEN

Im aktuellen Mitteilungsblatt der SPD Marburg „Wir tun was“ kann man unter „Gut wohnen“ eine „Erfolgsbilanz 2016-2020“ mit eben solch schongefärbten Worte nachlesen. Leider enthält die Erfolgsbilanz jedoch nicht nur Schönfärberei, sondern auch eine dreiste Verdrehung der traurigen Realität:

1.) So seien 400 neue Sozialwohnungen geschaffen worden. Unter diesen 400 neuen Sozialwohnungen sind jedoch auch 300 Wohnungen, die durch die Wohnungsgesellschaft GWH mit einer Förderung des Landes Hessen von 26 Millionen Euro bezuschusst wurden - und dies bereits im Jahr 2014! Diese 300 Wohnungen als den Erfolg der Stadtregierung von 2016 zu verkaufen ist schon ein starkes Stück!

2.) Tatsächlich hat die städtische Gemeinnützige Wohnungsbau GmbH Marburg (GeWoBau) in diesem knapp fünfjährigen Zeitraum gerade einmal 12 neue Sozialwohnungen fertiggestellt – in 5 Jahren 12 Sozialwohnungen! Wow! Was

für ein Erfolg! Ich weiß gar nicht, wo die Ecke sein soll, in die ich mich an deren Stelle verkriechen würde!

3.) Nun schreibt sich die SPD ausgerechnet eine städtische Entwicklung des Temmlerareals auf die Fahnen. Tatsächlich wehen bereits seit Anfang des Jahres 2019 am oberen Eingang dieses Gebiets, ehemaliger kultureller Treffpunkt direkt neben einem Einkaufsmarkt Herkules, die bekannten Fahnen des Immobilieninvestors Nr.1 in Marburg: Schreyer und Schreyer (S+S). S+S wird hier – vermutlich wie meist, im hochpreisigen Segment - Wohnungen bauen. Seit November 2020 wehen nun zudem die Fahnen jenes Baumoguls S+S auf einem weiteren Gebiet Richtung Südbahnhof – auf den Flächen einer ehemaligen Molke- und einer Tankstelle. Bürgerbeteiligung war an dieser Stelle jedoch nicht gewünscht und ich erlaube mir den amtierenden Oberbürgermeister Spies sinngemäß zu zitieren, wonach es sich doch nicht

um städtischen Flächen handle, weshalb man hier die Bürgerinnen und Bürger hier nicht beteiligen könne, denn das würde den Menschen Mitbestimmung vorgaukeln, wo sie keinen Einfluss haben. Interessant! Hier stiehlt die Stadt sich aus der Verantwortung! Wer wenn nicht die städtische Stadtverordnetenversammlung könnte in Form von Beschlüssen die Bauleitplanung nebst Leitsätzen vorgeben? Wer wenn nicht der Magistrat müsste in diesem Sinne handeln? Wer wenn nicht das städtische Bauamt muss kontrollieren, dass diese auch so umgesetzt wird? Ein Bauherr, der von der Stadtregierung hofiert wird, darf offensichtlich mit breiter und sicherer Brust in Marburg handeln, wie es ihm beliebt – gerne auch mal die Sozialquote umgehen oder gleich ganz ohne Bauleitplanung bauen! Die Hörigkeit der Verantwortlichen geht dahin sogar so weit, dass in Gebieten, in denen eine Bauleitplanung schon einmal begonnen wurde, diese einfach ausgehebelt wird und mit der innerstädtischen Nachverdichtung abgegolten wird. Nun die alte Redewendung „Wes Brot ich ess, dessen Lied ich sing“ trifft hier wieder einmal ins Schwarze.

4.) Wie kann die Stadt Marburg preisregulierend auf die angespann-

te Mietsituation reagieren? Unter anderem durch eigene Bautätigkeit! Wir wissen 12 Sozialwohnungen in 5 Jahren... Wie noch? Durch Bodenbevorratung! Und tut sie dies? Nun sagen wir so, gemäß ihren Worten seit Jahren – tatsächlich verkauft sie aber leider sogar städtische Flächen! Flächenankauf in den Jahren 2016-2020 Fehlanzeige!

5.) Solange in Marburg die durchschnittliche Kaltmiete bei 10,31 € und die Warmmiete bei 12,82 € für das Jahr 2020 liegt, solange ist es unumgänglich sich für preiswerten Wohnraum einzusetzen. Dies geht nur indem wir uns zusammentun, indem wir gemeinsam für bezahlbare Mieten in der Stadt eintreten und diese Forderungen mit Nachdruck einbringen, mit konkreten Vorschlägen - zu denen viele Forderungen gehören wie:

- Bodenbevorratung durch die Stadt und ihre Töchter GeWoBau und Stadtentwicklungsgesellschaft (SEG)
- Mindestens 30% Sozialquote bei privatem Neubau, selbst bei bestehenden Bebauungsplänen
- Schaffung und Anerkennung von Mieterbeiräten
- Mietendeckel
- Gesicherte energetische warmmietenneutrale Sanierung, nicht zu Lasten der MieterInnen

KLIMAPOLITIK

DER RUF NACH EINER RADIKALEN

VERKEHRSWENDE WIRD IMMER LAUTER!

Die Auseinandersetzungen um den Weiterbau der A49 sind auch politische Kämpfe um ein grundlegende Verkehrs- und damit auch Klimawende.

Lange Zeit schien Corona diese Kämpfe zu verdecken, manche machten sich sogar Hoffnungen, der Lockdown könnte den Klimawandel verzögern. Doch bei Problemen wie dem Klimawandel gibt es keine Sommerpause. Im Gegenteil:

Zwischen März und Oktober 2020 haben sich die Bedingungen für eine Wende zu einer besseren Gestaltung dieser Welt dramatisch verschlechtert. „Die Reaktionen der Verantwortlichen [...] auf diese Krise sind kontraproduktiv.

Gestärkt werden ein weiteres Mal ausgerechnet diejenigen Sektoren, die die Klimakrise anheizen. Was in Bälde zu einem weit brutaleren Lockdown führen kann als demjenigen, den es in Westeuropa in den Epidemie-Zeiten gab. Es ist kontraproduktiv, wenn allein die Regierungen in Paris, Den Haag, Berlin und Rom zur Rettung von Air France, Alitalia und Lufthansa mit mehr als 22 Milliarden € dreimal mehr Geld ausgeben als die Welt für den Corona-Impfstoff investieren will.“(Kreiling, Wolff, Zeller, „Corona, Krise, Kapital“).

Ohne einen Bruch mit der hinter allen diesen Maßnahmen und Widersinnigkeiten stehenden kapital-



DIE ZEIT DRÄNGT...

**KLIMA
RETTEN
KAPITALISMUS
ENTSORGEN!**



DKP

istischen Logik wird es weder eine Verkehrs- noch eine Klimawende geben. „Geändert werden muss die in den letzten Jahrzehnten betriebene systematische Zerstörung der Bahn sowie der ruinöse Preiswettbewerb, welche der Bahn durch die Dumpingpreise von Fernbussen und Luftverkehr aufgezwungen wird. Erforderlich ist ein grundlegender Systemwechsel weg vom Kapitalismus hin zu einer planerischen und sozialistischen Wirtschaftsweise, die sich am gesellschaftlichen Bedarf orientiert. Dies erst wird eine echte Verkehrswende möglich machen.“ (Stefan Kühner)

Herwig Selzer

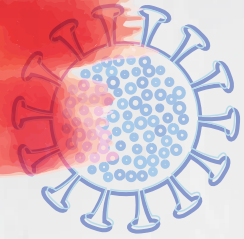
Forderungen zur Verkehrspolitik

Die DKP fordert unter anderem:

1. Für Pendler vollen Fahrtkostener-satz
2. Kostenlosen Personenverkehr mit öffentlichen Verkehrsmittel
3. Verlegung des Schwerlastverkehrs vollständig auf die Bahn
4. Komplette "Rekommunalisierung" der öffentlichen Verkehrsmittel
5. Bedarfsgerechter, lückenloser Aus-bau des gesamten Schienennetzes
6. Ausbau aller Schienen- und örtlicher Bussysteme auf elektrische Oberleitung
7. Geschwindigkeitsbeschränkungen auf Autobahnen, Schnellstraßen und Bundesstraßen auf 100 km/h, auf allen anderen außerörtlichen Straßen 80 km/h (ca 20% Schadstoffsenkung ohne einen Cent Zusatzkosten)

CORONA:

GEWINNER UND VERLIERER STEHEN SCHON FEST



Auf den ersten Blick sieht es so aus, als seien vor einem Virus alle Menschen gleich. Bezüglich der Ansteckungsfähigkeit von Corona-Viren trifft diese Aussage zu, im Hinblick auf das Infektionsrisiko allerdings nicht. So traf die Covid-19-Pandemie alle Menschen, aber keineswegs alle gleichermaßen. Es gilt: Wer arm ist, läuft eher Gefahr zu sterben. Denn das Infektionsrisiko von Arbeitslosen, Armen und sozial Abgehängten war deutlich höher als das von Reichen.

Sozial bedingte Vorerkrankungen, katastrophale Arbeitsbedingungen sowie beengte und hygienisch bedenkliche Wohnverhältnisse erhöhen das Risiko für eine Infektion mit SARS-CoV-2 bzw. für einen schweren Covid-19-Krankheitsverlauf. Die finanzschwächsten Bevölkerungsgruppen, zu denen u. a. Obdach- und Wohnungslose, Bewohner*innen von Gemeinschaftsunterkünften, Menschen mit Behinderungen, Pflegebedürftige gehören, sind größtenteils auch die immunschwächsten.

Beschäftigte leiden

Während die ökonomischen Verwerfungen große Aufmerksamkeit finden, sind die sozialen Folgen bislang eher unterbelichtet geblieben. Dabei hat die Ausnahme-situation das Phänomen der gesellschaftlichen Ungleichheit wie unter einem Brennglas sichtbar gemacht. 2009 hatten 25.000 Betriebe Kurzarbeit für gut drei Millionen Kolleg*innen angemeldet, von denen knapp 1,5 Millionen dann tatsächlich in Kurzarbeit geschickt wurden. Zwischenzeitlich haben ca. 750.000 Betriebe über zehn Millionen zur Kurzarbeit angemeldet, von denen zwischen drei und sieben Millionen dann tatsächlich kurzarbeite(te)n. Folge: Die Arbeiterklasse ist mit erheblichen, existenzbedrohenden Einkommensverlusten konfrontiert. Rund zehn Millionen Haushalte sind bei einem Einkommensverlust von 100 – 200 Euro im Monat in Gefahr, die Miete bzw. Kreditzinsen für die Wohnung nicht mehr bezahlen zu können.



Großunternehmen profitieren

Kurzarbeit schafft Voraussetzungen für den Erhalt des Arbeitsplatzes. Die Kehrseite: Indem der Staat Kurzarbeitergeld zahlt, können die Kapitalisten die Zahlung der Löhne teilweise oder ganz auf die Arbeitslosenversicherung oder den Staatshaushalt bzw. die Steuerzahler abwälzen. So wurde es zum Beispiel möglich, dass die Autohersteller im Frühjahr 2020 an ihre Aktionäre Dividenden in Milliardenhöhe ausschütteten, während sie gleichzeitig für die Lohnzahlungen die Arbeitslosenversicherung in Anspruch nahmen. Alleine die BMW-Großaktionäre Stefan Quandt und Susanne Klatten erhielten auf einen Schlag über 700 Millionen Euro.

Bund, Länder und Gemeinden haben in der Corona-Krise nach kurzem Zögern fast über Nacht mehr als 1,5 Billionen Euro für direkte Finanzhilfen, Bürgschaften und Kredite bereitgestellt. Letztere wurden über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) abgewickelt und kamen in erster Linie großen Unternehmen und Monopolen zugute.

Augenscheinlich werden die Rolle des Staates und seine klassenmäßige Parteinahme für die Mono-

pole auch bei den Subventionen im Rahmen des „Zukunftspakets“ in Höhe von 50 Milliarden. Diese zielen unter anderem auf die Förderung der individuellen Elektromobilität, den Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft und den Aufbau von 5G-Netzen ab. Im Ergebnis werden durch eine verstärkte Forschungsförderung den Unternehmen zum Teil immense Kosten für Investitionen vom Staat abgenommen.

Ausblick

Die jetzige Entschärfung der Verteilungskonflikte über Kurzarbeitergeld und andere Maßnahmen erfolgt um den Preis ihrer absehbaren Verschärfung in den kommenden Jahren. Zudem liegen die Forderungen der Kapitalisten bereits auf dem Tisch. Die Wirtschaftsverbände möchten einige temporäre Maßnahmen verstetigen: Dies gilt beispielsweise für die Steuersenkungen ebenso wie für die Deckelung der Sozialbeiträge.



Herwig Selzer



FILMKRITIK

GUNDERMANN, D, 2018 VON ANDRES DRESEN

Gerhard Gundermann, im Westen D's nahezu unbekannt, war Liedermacher, Sänger, Rockmusiker aus der DDR, aber auch Baggerfahrer im Kohlebergwerk. Für viele DDR-Bürger ihr Bob Dylan, sein Stil genauso innerlich wie gesellschaftsbezogen und immer in Verbindung mit seiner Heimatregion. Jetzt gibt es den biographischen Spielfilm „Gundermann“ von Andreas Dresen als DVD zu kaufen. Er zeigt Szenen aus Gundis Arbeits- und Liebesleben, seinem Reinkommen und Rausfliegen aus der Partei, seiner Aufmüpfigkeit, dazwischen Auftritte. Die Hauptlinie des Filmes bildet Gundis Verwicklung mit der Staatssicherheit. Die Perspektive: Von außen. Die Auseinandersetzungen darüber: moralisierend. Dieser Voyeurismus ärgerlich, ärgerlicher ist aber, dass einen recht fähigen Schauspieler, Alexander Scheer, ein Imitat von Gundi herstellen musste. Was soll es bringen, einen Bühnenkünstler bis ins Mienenspiel hinein nachzuahmen? Das schafft zu viel Nähe. Das ist Kitsch.

Alexander Scheer ist ein guter Schauspieler und auch musikalisch genug, Gundermann-Songs live vorzutragen. Aber muss er auch hier Gundi imitieren? Es wäre besser gewesen, er hätte mehr von sich eingebracht.



Sollte man sich diesen Film anschauen? Ja. Vorher aber: Mindestens eine CD von Gundi, z.B. „Der 7te Samurai“, anhören und „Gundi Gundermann“ und „Ende der Eisenzeit“ von Richard Engel anschauen, (auf DVD erhältlich)

UNTERSTÜTZT DIE KANDIDATUR DER DKP ZUR BUNDESTAGSWAHL

Im September 2021 finden die nächsten Bundestagswahlen statt, die DKP will in den meisten Bundesländern kandidieren. Damit sie das auch in Hessen kann, muss sie 2.000 Unterstützungsunterschriften sammeln. Doch wieso ist die Kandidatur der einzigen Partei, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, den Kapitalismus, als Hauptursache dieser Krise anprangert, gerade jetzt von nöten?

Die „Corona-Krise“ ist im Kern eine Krise des Kapitalismus, schon vor Covid-19 befand sich die Weltwirtschaft im Abschwung. Während die Pandemie deutlich gemacht hat, dass die Öffentliche Daseinsvorsorge - Gesundheit, Bildung - in Öffentliche Hand gehört, rettet die Regierung lieber das Monopolkapital und wälzt die Krisenlasten auf Arbeiterklasse und andere nicht-monopolistische Schichten ab. Tiefe Krisen und neue Verelendungswellen kommen auf uns zu, die jetzt anlaufenden Ankündigungen von Insolvenz und Stellenabbau werden 2021 sicher nicht abreißen, berufliche Existenzen stehen auf der Kippe.

Dazu kommt die stetige Rechtsentwicklung und Zunahme der Kriegshet-

ze gegen Russland und China, verbunden mit Aufrüstung unseres Landes. Daher geht es jetzt vorrangig darum, Arbeitsplätze und Löhne zu verteidigen, bei Friedens- und Umweltaktivitäten aktiv mitzumischen und das kapitalistische (Welt-) System als die entscheidende Ursache der volksfeindlichen Politik in den Fokus zu rücken. Dafür steht die DKP.

BILDUNG STATT BOMBEN!

**Geld ist genug da –
Abrüstung statt Aufrüstung!**



**NATO
STOPPEN!**

DKP

news.dkp.de

BEFRISTUNG UND NIEDRIGLOHN AUF REKORDNIVEAU

Die Agenda-Politik der 2000er Jahre wirkt fast ungebremst nach. Trotz Einführung des gesetzlichen Mindestlohns und ein paar kleinerer, meist kosmetischer Reformen an der Arbeitsmarktpolitik dieser Zeit bleibt der Niedriglohnsektor in der Bundesrepublik stabil hoch. Fast jeder fünfte abhängig Beschäftigte in Deutschland arbeitet unter diesen prekären Bedingungen. Dies geht aus einer Pressemitteilung des Statistischen Bundesamts vom 21. Oktober hervor. In absoluten Zahlen bedeutet dies, dass rund acht Millionen Beschäftigte unterhalb der aktuellen Niedriglohnschwelle von 11,05 Euro brutto je Stunde entlohnt werden. Das Statistische Bundesamt beruft sich hier auf die Ergebnisse der Verdienststrukturerhebung von 2018, bei der alle vier Jahre mit einer geschichteten Stichprobe von 60.000 Betrieben Angaben zu Verdiensten und Arbeitszeiten der abhängig Beschäftigten erhoben werden. Vergleicht man die Zahlen mit den Ergebnissen der Vorgängerstudie, stellt man fest, dass die Anzahl der

im Niedriglohnbereich Beschäftigten sogar um 393.000 zugenommen hat. Mit 1,5 Millionen wurden die meisten Niedriglohnjobs im Handel gemeldet. Das entspricht einem Anteil von 29 Prozent der Beschäftigungsverhältnisse in der Branche. Im Gastgewerbe sind 1,2 Millionen Kolleginnen und Kollegen betroffen. Damit sind dort gut zwei Drittel (67 Prozent) aller Beschäftigungsverhältnisse im Niedriglohnbereich angesiedelt. Das sind mehr als in jeder anderen Branche.

Die Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes belegen eindrucksvoll die Dimensionen. Was sind aber die Ursachen der millionenfachen Erwerbsarmut und welche politischen und ökonomischen Ziele wurden mit der Etablierung eines gigantischen Niedriglohnsektors verfolgt?

In Folge der Agenda-Politik ging im Zeitraum von 1998 bis 2008 der Anteil sogenannter Normalarbeitsverhältnisse von 72,6 Prozent auf 66 Prozent zurück, während gleichzeitig der Anteil atypischer

Beschäftigung von 16,2 Prozent auf 22,2 Prozent zunahm. Die Anzahl der Beschäftigten im Niedriglohnsektor stieg um 2,3 Millionen. Allein zwischen 2006 bis 2008 war es eine halbe Million. In Folge der Liberalisierung der Leiharbeit nahm die Anzahl der Leiharbeiter von 326.000 im Jahr 2004 innerhalb von 4 Jahren auf 800.000 zu. Durch die Einführung sogenannter Minijobs wurde der Niedriglohnsektor weiter aufgebläht.

Insbesondere die verschärften Zumutbarkeitsregelungen bei Arbeitsangeboten der Arbeitsagentur in Verbindung mit der verkürzten Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I hatten einen indirekten, aber massiven Einfluss auf das Lohngefüge in der BRD. Die betroffenen Kolleginnen und Kollegen waren nun gezwungen, fast jede Beschäftigung anzunehmen, unabhängig davon, ob die angebotene Arbeit ihren Qualifikationen entsprach und ob sie davon leben konnten.

Das Ziel der Hartz-Reformen war aber nicht in erster Linie, Erwerbslose zu drangsaliieren, sondern Kernbelegschaften zu disziplinieren. Denn wenn Kolleginnen und Kollegen befürchten müssen, bei Jobverlust nach nur einem Jahr fast alles zu verlieren, ist die Be-

reitschaft, für Interessen und Rechte zu kämpfen, nur bedingt ausgeprägt.

Auch die massive Zunahme befristeter Arbeitsverhältnisse in den letzten Jahren verstärkt diesen Trend. Inzwischen hat fast jeder zehnte Beschäftigte in Deutschland nur einen befristeten Arbeitsvertrag. Zwischen 1993 und 2015 hat sich die Zahl verdreifacht und die Einkommen zwischen befristet und unbefristet Beschäftigten gehen weit auseinander. Unter diesen Rahmenbedingungen fällt es der Kapitaleseite leicht, Errungenschaften der Arbeiterbewegung zu schleifen. Was mit Tarifflicht und Bekämpfung von Mitbestimmungsstrukturen begann, findet aktuell mit den Werksschließungen und Massenentlassungen unter den Bedingungen der Umstrukturierungsprozesse im Rahmen der Transformation seine Fortsetzung. So bleibt der Niedriglohnsektor in Verbindung mit einer extrem hohen Produktivität ein entscheidender Trumpf des deutschen Kapitals beim Kampf um internationale Märkte und Einfluss.



Ulf Immelt

ZUR LAGE DER AUSZUBILDENDEN IN DER CORONA-PANDEMIE

Die Covid-19 Pandemie hat weltweit die Arbeitswelt verändert, die Weltwirtschaft steckt in einer tiefen Rezession, Betriebe müssen die Produktion runterfahren, Lieferketten werden auseinandergerissen, viele Betriebe sind in Kurzarbeit, Arbeits- und Ausbildungsplätze werden abgebaut und vernichtet.

Diese Krise hat auch starke Auswirkung auf die junge Generation, besonders für die lernende und arbeitende Jugend, die Anspannung auf dem Ausbildungsmarkt und seit Jahren bestehende strukturelle Probleme werden durch die Pandemie nur verstärkt.

Dies äußert sich durch die Zahl der abgeschlossenen, (neuen), Ausbildungsverträge, die laut dem Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) auf unter 500.000 prognostiziert wird, das sind ca. 25.000 weniger als 2019 und 120.000 weniger als vor der Krise 2008.

Diese Zahl wird sich auch wohl nicht erhöhen, laut einer Umfrage

der IG Metall will jedes zehnte Metallunternehmen in Zukunft weniger ausbilden.

Was auch Probleme bereitet ist, das zahlreiche Zwischen- und Abschlussprüfungen sowie Lehrgänge verschoben wurden, wodurch sich die Ausbildungszeit verlängern kann, außerdem hat die Ausbildungsqualität durch geschlossene Berufsschulen und in Branchen wie dem Hotelgewerbe und in der Gastronomie massiv gelitten.

Hinzu kommt, das für fast 60% der Auszubildende und Auszubildenden die Ausbildungsvergütung von 863€ bzw 939€ im Monat (tariflich) nicht reicht um ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben zu führen, Azubis sind im Schnitt mit 19,9 älter als früher, und nicht jeder hat die Möglichkeit kostenlos bei seinen Eltern zu wohnen, fast die Hälfte aller Azubis beziehen finanzielle Unterstützung durch Familie, Staat oder haben einen Nebenjob.

Von jungen Menschen wird erwar-

tet, für ihre Ausbildung flexibel und mobil zu sein, dies wird aber durch den angespannten Wohnungsmarkt und den schlechten und unterfinanzierten Öffentlichen Nahverkehr erschwert.

8,4 Prozent der befragten Auszubildenden_innen gaben im DGB-Ausbildungsreport an, mit dem ÖPNV ihren Betrieb, und fast jeder fünfte (18,4 %) die Berufsschule nicht erreichen zu können.

Auch die Arbeitsbedingungen im Betrieb, die Ausbildungsqualität und die Qualität des Berufsschulunterrichts sind nach wie vor eher schlecht.

So gaben 34,4 der Befragten im DGB-Ausbildungsreport 2020 an, keinen gesetzlichen Rahmenlehrplan zu haben, obwohl dieser vorgeschrieben ist, nur 56% der Befragten sind mit der Qualität ihres Berufsschulunterrichts zufrieden,

mehr als ein Drittel der Azubis (34,4%) muss Überstunden machen und fast jeder zehnte befragter Azubi ist mit der Qualität der Ausbildung in seinem Betrieb nicht zufrieden.

Viele Inhalte des gesetzlichen Rahmenlehrplanes fallen durch Heimausbildung (Homeoffice) weg oder werden verschoben, viele Berufsschüler müssen in der Produktion für kranke Kollegen einspringen.

Um die drohende Langzeitfolgen wie hoher Jugendarbeitslosigkeit dieser Krise abzuwehren braucht es endlich ein gesetzliches Recht auf Ausbildung, eine unbefristete Übernahmegarantie für Auszubildende und Auszubildendeninnen und eine Mindestvergütung von 1200 Euro Netto im Monat, um Auszubildende und Auszubildendeninnen ein unabhängiges und ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

Rosa Luxemburg

SDAJ Marburg

Aus Anlass ihres 150. Geburtstages

Das dramatische Leben Rosa Luxemburgs, ihre faszinierende Persönlichkeit und ihr schrecklicher Tod beschäftigen die Erinnerung von Generationen. Zugleich ist ihr Wirken hochaktuell für Vergangenheit und Gegenwart: In ihrem ökonomischen Hauptwerk „Die Akkumulation des Kapitals“ analysierte sie die zerstörerische Dynamik des Kapitalismus und deren Konsequenzen: Imperialismus und Krieg. Diese ihre Erkenntnisse bestimmten auch ihre Stellung in den Kämpfen ihrer Zeit: ihre Wendung gegen den Reformismus Eduard Bernsteins, ihre Differenz zu Lenins Parteikonzept, ihr Eintreten für den Massenstreik, ihren Kampf für den Frieden, ihre Haltung zur russischen Oktoberrevolution von 1917, ihre Teilnahme an zwei Revolutionen (1905/06 gegen den Zarismus, 1918/19 in Deutschland).

Ausgehend von ihren ökonomischen und politischen Befunden wollen wir dieses Erbe für uns erschließen.

Referenten: Georg Fülberth und Gert Meyer Vortrag am 11.02. auf Youtube.com/user/sdajTV

TANJA BAUDER-WÖHR AUF PLATZ 2

Mit Renate Bastian und Tanja Bauder-Wöhr führen zwei Frauen die Liste der Marburger Linken für die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg an. Auf Platz 1 steht die Bewerberin für das Amt der Oberbürgermeisterin Renate Bastian der Partei Die Linke. Auf Platz 2 steht nunmehr zum dritten Mal in Folge unsere Genossin Tanja Bauder-Wöhr. Tanja Bauder-Wöhr ist seit 2011 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung. Seit 2016 ist sie zudem Mitglied des Ortsbeirats Cappel. Als Mitglied des Bauausschusses setzt sie sich für bezahlbare Mieten, Wohnraum für Alle und das historische Stadtbild ein. Sie kämpft gegen profitorientierte Bauinvestoren,

wie S+S von Carsten Schreyer. Auch engagiert sie sich im Mieterbeirat Richtsberg. Dort kandidiert unser Mitglied Philipp Mohr auf der Liste zum Ortsbeirat. Die Liste führt das langjährige Ortsbeiratsmitglied Bernd Hannemann an.



unsere DKP-Kandidaten Mohr und Bauder

IMPRESSUM

Homepage: marburg.dkp.de

Facebook: facebook.com/dkp.Marburg

Instagram: instagram.com/dkpmarburg

